

Brunhild Staiger

## Die Bildungsstrategien der VR China

Anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Volksrepublik und der in diesem Zusammenhang in China vorgenommenen zahlreichen Bestandsaufnahmen werden die Leistungen im Erziehungswesen ganz besonders herausgestellt. Die Kennziffer, auf die in diesem Zusammenhang immer gern hingewiesen wird und die die Fortschritte eindrucksvoll belegen soll, ist die Analphabetenrate. Nach offiziellen Angaben gab es beim Machtantritt der Kommunistischen Partei 1949 unter der erwachsenen Bevölkerung Chinas 80% Analphabeten, deren Anteil sich Ende 1998 auf 15% reduziert habe, unter jüngeren Menschen sogar auf unter 5,5%. Insgesamt, so wird behauptet, seien in der Volksrepublik seit 1949 rund 200 Millionen Menschen alphabetisiert worden.<sup>1</sup> Wenn diese Angaben auch nicht vorbehaltlos übernommen werden können, so stimmt doch die Größenordnung. Es steht außer Frage, daß die Volksrepublik von Anfang an starkes Gewicht auf die Anhebung des Bildungsstandes der Bevölkerung gelegt und auf diesem Gebiet beachtliche quantitative Erfolge erzielt hat. Die offiziellen Bildungsstatistiken, wie sie in den statistischen Jahrbüchern der VR China veröffentlicht werden, bestätigen dieses Bild. Doch sind sie mit zahlreichen Mängeln behaftet, so daß viele Zahlen fragwürdig erscheinen. Hinzu kommt, daß für die quantitative Einschätzung der Leistungen wichtige Angaben fehlen; so werden zwar die Raten für Schuleintritt, Übergang und Abschluß genannt, nicht jedoch die Schulabbrecherraten, desgleichen nicht die Analphabetenraten; beide wären für eine Gesamteinschätzung der Leistungen im chinesischen Erziehungswesen wichtige Größen.

Im folgenden soll daher keine quantitative, sondern eine qualitative Analyse der Leistungen der VR China im Bildungssektor vorgenommen werden. Zu fragen ist, welche der verschiedenen Strategien, die seit 1949 im Bildungssektor verfolgt wurden, am besten geeignet war, das allgemeine Bildungsniveau anzuheben. Hier werden drei bildungspolitische Strategien unterschieden, die in bestimmten Phasen maßgeblich waren:

1. die Phase 1949-1958, in der die Strategie verfolgt wurde, das Bildungswesen nach sowjetischem Vorbild aus-

- zubauen, aber auch auf eigene Erfahrungen aus der Guomindang-Zeit vor 1949 zurückzugreifen;
2. die kulturrevolutionäre Phase 1966-1976 mit ihrem Vorspiel 1958-1960, die durch die maoistische Bildungsstrategie gekennzeichnet war;
3. die Reformphase seit 1978, in der die Bildungsstrategie auf die Modernisierung des Landes gerichtet ist.

### 1. Die Phase 1949-1958

Im „Gemeinsamen Programm der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes“ vom 29. September 1949, der provisorischen Verfassung, werden als Ziele der Bildungsarbeit die Anhebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung, die Ausbildung von Fachleuten für den Aufbau des Staates und die ideologische Bildung im Sinne des Dienstes am Volk genannt.<sup>2</sup> Diese Bildungsziele behielten bis 1958 ihre Gültigkeit, auch wenn sie in der ersten Verfassung von 1954 nicht wiederholt wurden. In dieser wurde jedem Bürger das Recht auf Bildung zugestanden, während der Staat den schrittweisen Ausbau des Schulwesens zusicherte.<sup>3</sup> Allerdings waren in den ersten Jahren der Volksrepublik die Voraussetzungen dafür, daß jeder Bürger das Recht auf Bildung hätte in Anspruch nehmen können, nicht gegeben. Schulen gab es zumeist nur in den Städten, während sie auf dem Lande rar waren. Dies lag zum einen daran, daß unter der Nationalregierung vor 1949 das chinesische Schulwesen von westlichen Vorbildern geprägt und unter diesem Einfluß stärker in den Städten verankert war, während die ländlichen Gebiete vernachlässigt worden waren. Zum anderen hatten Krieg und Bürgerkrieg zum Verfall der Bildungsinfrastruktur beigetragen. So mußte man sich im ersten Jahrzehnt zunächst an den Wiederaufbau machen und so schnell wie möglich versuchen, das bestehende Schulsystem auszubauen.

Die Umsetzung dieser Aufgaben wurde im wesentlichen auf drei Wegen zu erreichen versucht:<sup>4</sup>

- (1) Das bestehende Schulsystem der Guomindang-Zeit, einschließlich Lehrern und Schulbüchern, wurde weitgehend beibehalten. Lediglich ausländische und private Schulen wurden abgeschafft. Die Nutzung der vorhandenen Bildungsressourcen geschah aus der Erkenntnis, daß sie einem schnellen Wiederaufbau der Schulen und der Heranbildung von für den Aufbau benötigten Fachleuten dienlich sei. Sie erstreckte sich in erster Linie auf die Primar- und Sekundarschulen.
- (2) Zugleich lehnte man sich wie auf vielen anderen Gebieten an das Vorbild der Sowjetunion an, denn nur von dieser waren ideelle und materielle Unterstützung zu erwarten und dadurch Fortschritte beim Ausbau des Bildungswesens zu erzielen. Der sowjetische Einfluß machte sich am stärksten im Hochschulbereich bemerkbar. Er betraf u.a. die Betonung technischer und naturwissenschaftlicher Bildung unter Vernachlässigung der Human- und Sozialwissen-

<sup>2</sup> *Zhonghua renmin gongheguo jiaoyu dashiji 1949-1982* (Chronologie des Bildungswesens 1949-1982), Beijing 1983, S.3.

<sup>3</sup> Ebd., S.112.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Theodore Hsi-en Chen, *The Maoist Educational Revolution*, New York: Praeger, 1974, S.13ff. u. 137.

<sup>1</sup> Siehe z.B. „50 Jahre Ausrottung des Analphabetentums und Einführung der Pflichtbildung durch das neue China“, GMRB, 22.9.99, S.6.

schaften, die Übernahme der Fächerstruktur sowjetischer Hochschulen und Universitäten, hohe Spezialisierung, die Gründung einer Reihe großer polytechnischer Bildungsinstitutionen, die Übersetzung russischer Lehrbücher und Anleitung durch sowjetische Lehrer. Nicht zuletzt wirkte sich der sowjetische Einfluß auf die große Zahl der Studenten aus, die in den fünfziger Jahren in der Sowjetunion studierten.

- (3) Neben diesen beiden Wegen, die die formale Schulbildung betrafen, wurde - allerdings vorerst in geringerem Maße - ein dritter Weg beschritten, der sich auf den nichtformalen Bildungsbereich richtete, nämlich Massenerziehung vornehmlich auf dem Lande, aber auch Ausbildung von Verwaltungs- und technischen Kadern sowie Erwachsenenbildung. Hierbei griff die Partei auf eigene Erfahrungen zurück, die sie in den vor 1949 von ihr beherrschten Gebieten und Stützpunkten gemacht hatte. Die sich an Erwachsene wendende Massenerziehung stellte in der Regel eine Mischung aus Alphabetisierung, politisch-ideologischer Bildung sowie Unterweisung in praktisch-technischen Fähigkeiten dar. Aus ihr sollte sich in der Folge die maoistische Erziehungslinie herausbilden, deren Kennzeichen ebenfalls die Vernachlässigung des formalen Bildungssektors war.

Zur Realisierung der obengenannten Bildungsziele dieser Periode, nämlich Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus, Ausbildung von Fachleuten und ideologische Bildung scheint keiner der drei Wege allein geeignet gewesen zu sein. Mit dem Rückgriff auf das Bildungssystem der Guomindang-Zeit und der Anlehnung an das sowjetische Vorbild allein wäre man nicht in der Lage gewesen, breiteren Teilen der Bevölkerung eine wie auch immer beschaffene Bildung zukommen zu lassen. Zu diesem Zweck bedurfte es der Massenerziehung mit informellen Mitteln. Um dringend benötigte Jugendliche mit Schulbildung heranzuziehen und Fachleute, die die anstehenden administrativen und technischen Aufgaben wahrnehmen konnten, auszubilden, mußte man allerdings die beiden erstgenannten Wege beschreiten, da man aufgrund der knappen Ressourcen, aber auch konzeptionell noch nicht in der Lage war, ein völlig neues Bildungssystem aufzubauen. Auf diese Weise wurde der radikale Bruch mit dem bestehenden Bildungswesen vermieden. Er sollte erst in der Kulturrevolution vollzogen werden.

Unter dem Aspekt der Erzielung schneller Fortschritte im Bildungswesen und der Rekrutierung der benötigten Fachleute erscheint die Bildungsstrategie der Nutzung des vorhandenen Bestandes und der Anlehnung an das sowjetische Vorbild für die fünfziger Jahre, d.h. kurzfristig, durchaus sinnvoll. Die quantitativen Fortschritte lassen sich z.B. an der Zunahme der Schulen und Schüler auf allen Schulstufen zwischen 1952 und 1957 nach den offiziellen Statistiken belegen, deren Zuverlässigkeit zwar mit Vorbehalt zu bewerten ist, die aber zumindest Tendenzen aufzeigen.

Tabelle 1: Zahl der Schulen 1952-1997

Jahr	Hochschulen	Mittelschulen	Grundschulen
1952	201	6.059	526.964
1957	229	12.474	547.306
1970	434	106.041	961.131
1975	387	125.718	1.093.317
1980	675	124.760	917.316
1985	1.016	104.848	832.309
1990	1.075	100.777	766.072
1995	1.054	95.216	668.685
1997	1.020	92.832	628.840

Quelle: *China Statistical Yearbook 1998*, S.682.

Tabelle 2: Einschulungszahlen nach Schultypen 1952-1997

Jahr	Hochschulen	Mittelschulen	Grundschulen
1952	79.000	1.746.000	11.493.000
1957	106.000	2.616.000	12.492.000
1970	42.000	14.207.000	28.318.000
1975	191.000	24.780.000	33.521.000
1980	281.000	20.118.000	29.423.000
1985	619.000	17.898.000	22.982.000
1990	609.000	18.158.000	20.640.000
1995	926.000	23.541.000	25.318.000
1997	1.000.000	25.015.000	24.620.000

Quelle: *China Statistical Yearbook 1998*, S.684.

Allerdings sind durch die Bildungsstrategie der fünfziger Jahre auch zahlreiche Probleme entstanden, die zum einen zu der radikalen Revolution im Erziehungswesen während der Kulturrevolution geführt haben, zum anderen die Modernisierung des Bildungswesens in der Reformphase bis heute belasten. Abgesehen von der politisch motivierten kulturrevolutionären Kritik, das Schulwesen der fünfziger Jahre habe unter der Vorherrschaft der Bourgeoisie und des Sozialimperialismus gestanden, lassen sich durchaus auch aus pädagogischer Sicht kritische Argumente anführen. Beiden Schulsystemen - sowohl demjenigen der Guomindang-Ära (das durch westliche Vorbilder wie auch durch die Tradition beeinflusst war) als auch demjenigen der Sowjetunion - war gemeinsam, daß sie stark auf Wissensvermittlung und Leistung ausgerichtet waren, d.h. sie waren elitär, weil auf Auswahl der Besten konzipiert, sie waren auf den Übergang zu den nächst höheren Schulen angelegt und entsprechend prüfungsorientiert, sie perpetuierten die traditionelle Lern- und Unterrichtsmethode des Auswendiglernens (zielgerichtet für die Prüfungen) und des Dozierens durch die Lehrer, sie waren theorie- und nicht praxisbetont. Die Betonung höherer Bildung ergibt sich auch aus Tabelle 1: So stieg die Zahl der Mittelschulen zwischen 1952 und 1957 auf mehr als das Doppelte, während die Zahl der Grundschulen im Vergleich dazu nur unwesentlich wuchs.

## 2. Die kulturevolutionäre Phase 1966-1976

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß mit einem auf ausländischen Vorbildern fußenden Schulsystem mit seiner Leistungsorientierung die hohe Analphabetenrate weder kurz- noch mittelfristig hätte beseitigt werden können. Gerade an der Massenbildung und der Alphabetisierung zumindest der jüngeren Bevölkerung war der KPCh sehr stark gelegen. Dahinter standen keine uneigennütigen Motive. Vielmehr hatte die Partei das ureigene Interesse, die Bevölkerung - namentlich die breite Masse der Arbeiter, Bauern und Soldaten - für ihre Zwecke, d.h. für die Revolution, zu mobilisieren. Die maoistische Bildungsstrategie begann bereits während des „Großen Sprungs nach vorn“ 1958-60 Kontur anzunehmen, um dann in der Kulturrevolution Ausschließlichkeit zu erlangen. Ihre wichtigsten Kennzeichen waren die folgenden:<sup>5</sup>

- Bildungsziel war nicht die Ausbildung spezialisierter Fachleute und Experten, sondern die Heranbildung von „Nachfolgern der Revolution“ oder - wie das Schlagwort in der Kulturrevolution lautete - von Leuten, die „sowohl rot als auch fachkundig“ (*you hong you zhuan*) waren. Dabei stand die politisch-ideologische Bildung stets im Vordergrund.
- Prüfungen und Zensuren wurden abgeschafft, für die Zulassung zu höheren Schulen war ideologische Zuverlässigkeit entscheidend. Auf intellektuelle Leistungen wurde kein Wert gelegt, entsprechend wurden auch akademische Grade abgeschafft, Schul- und Studienzeiten verkürzt.
- Erziehung sollte der Politik und der Produktion dienen. Dies bedeutete, daß neben dem Erlernen von Schriftzeichen und politischer Indoktrinierung großer Wert auf den Erwerb praktischer Arbeitstechniken gelegt wurde.
- Theorie und Praxis, d.h. politische Theorie und produktive Arbeit, sollten eng miteinander verbunden sein. Alle Schulen hatten Produktionsstätten einzurichten.
- Der formale Schulbetrieb wurde zugunsten nichtformaler Schultypen wie Freizeitschulen, Abendschulen, Erwachsenen-, Arbeiter- und Bauernhochschulen usw. vernachlässigt, zeitweise wurden die Schulen sogar völlig geschlossen.
- Pädagogischer Fach- und Sachverstand waren nicht mehr gefragt. Lehrer mußten in der Produktion tätig sein, während Arbeiter, Bauern und Soldaten als Lehrer fungierten, weil sie der Partei am besten geeignet schienen, ideologische und praktische Kenntnisse zu vermitteln.

Die Folgen dieser Politik werden allgemein - auch und gerade in China - als verheerend eingeschätzt. Von dem Standpunkt, daß es Ziel des Bildungswesens sein soll, das Niveau der Allgemeinbildung anzuheben und zu halten sowie Fachleute aller Ebenen auszubilden, die entsprechend ihrem Ausbildungsstand ihren Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten, muß die Bilanz negativ ausfallen. Praktisch ist in jenen Jahren eine ganze Generation junger Menschen ohne vernünftige Schulbildung aufgewachsen, Begabungen wurden nicht entwickelt oder verschwendet, Professionalität verleumdet. Bis heute macht sich der

Verlust an Bildung und Ausbildung bemerkbar und beeinträchtigt die Modernisierung.

Dennoch sollte die maoistische Erziehungslinie nicht generell verdammt werden, denn sie nahm das damals dringendste Problem in Angriff, nämlich die Reduzierung der Analphabetenrate. In dieser Hinsicht hat sie ohne Zweifel Erfolge erzielt. Vor allem auf dem Lande wurden große Teile der ungebildeten Massen, die nie die Chance einer Schulbildung hatten und angesichts der knappen Ressourcen auch für längere Zeit nicht haben würden, in elementaren Lese-, Schreib- und Rechenkenntnissen unterwiesen. Dies geschah zwar auf äußerst niedrigem Niveau, aber zum erstenmal wurde in großem Umfang den breiten Massen Bildung angeboten und auf diese Weise Bildung in die Gesellschaft getragen. Zwar waren die Lerninhalte ganz im Sinne der Partei ideologisch ausgerichtet, aber ein Minimum an Schriftzeichen und nützlichen Techniken wurde ebenfalls vermittelt.

Die Nachteile der maoistischen Bildungsstrategie waren allerdings gravierend: Der Verzicht auf ausgebildete Pädagogen und die damit einhergehende Kritik am gesamten Lehrerstand führten zu einer fatalen Diskreditierung des Lehrerberufs, die in den achtziger und neunziger Jahren mühsam überwunden werden mußte. In jener Zeit wurde die gezielte Ausbildung von Lehrernachwuchs bewußt vernachlässigt; statt dessen wurden Arbeiter, Bauern und Soldaten als Lehrer eingesetzt, deren mangelnde fachliche Qualifikation durch ideologischen Eifer wettgemacht werden sollte. Das Ergebnis waren Lernmethoden, die schon damals als überholt anzusehen waren, wie Auswendiglernen vorgegebener Dogmen, Formalismus, Denken in Stereotypen - Lernmethoden, die nicht zum selbständigen Denken anleiteten und weder solide Allgemeinkenntnisse noch moderne Arbeitstechniken vermittelten. Vor allem wurde nicht auf „Nachsorge“ geachtet, insbesondere auf Konsolidierung der erlernten Schriftzeichen kein Wert gelegt, so daß der Rückfall ins Analphabetentum eine verbreitete Erscheinung war. So wurde 1979 festgestellt, daß auf dem Lande immer noch 30% der jüngeren Leute unter 45 Jahre Analphabeten waren.<sup>6</sup> Die damals vermittelten Kenntnisse können nur unter ideologischem Vorbehalt als sinnvoll eingestuft werden. Als Vorbereitung breiter Bevölkerungsschichten auf die Aufgaben der nach Maos Tod konsequent betriebenen Modernisierungspolitik waren sie ungeeignet.

## 3. Die Reformperiode seit 1978

Die wichtigsten Aufgaben nach Beginn der Reform- und Öffnungspolitik waren die Beseitigung der Schäden, die die maoistische Erziehungslinie im Bildungswesen hinterlassen hatte, sowie die Modernisierung des gesamten Bildungssektors. Um diese Ziele zu erreichen, wurde eine neue Bildungsstrategie entwickelt, die auf Leistung und Effizienz setzte, damit für die „Vier Modernisierungen“ kompetente Fachleute aller Ebenen ausgebildet werden konnten. Das Bildungsziel war und ist nun die Anhebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung insgesamt.

Die wohl gravierendste Erblast der Kulturrevolution war die allgemeine Bildungsfeindlichkeit, die mit der Kritik an den Intellektuellen einhergegangen war. Sie hatte dazu geführt, daß Bildung in der Bevölkerung und vor

<sup>5</sup>Vgl. Theodore Hsi-en Chen, a.a.O., S.137ff.

<sup>6</sup>Vgl. C.a., 1979/12, Ü 36.

allein bei den Kadern geringgeschätzt wurde und Lehrer kein Ansehen mehr hatten. Seit 1978 bemüht sich der Staat mit Nachdruck um die Aufwertung der Bildung allgemein und der Stellung der Lehrer im besonderen. Allerdings schenkte der Staat zunächst Wissenschaft und Technik größere Aufmerksamkeit. Jahrelang wurde propagiert, Wissenschaft und Technik seien die wichtigsten Produktivkräfte, ohne daß die Notwendigkeit der Bildung als unabdingbare Voraussetzung für die Stärkung von Wissenschaft und Technik genügend betont wurden. Erst auf dem XIV. Parteitag 1992 wurde dem Bildungswesen strategische Bedeutung beigemessen und ihm die gleiche Priorität wie Wissenschaft und Technik eingeräumt. Eine weitere Aufwertung erfuhr das Bildungswesen auf dem XV. Parteitag 1997. Seitdem ist das Schlagwort „Wissenschaft und Bildung sollen dem Land den Aufschwung bringen“ die wichtigste bildungspolitische Maxime. Die Führung hat erkannt, daß wissenschaftliche Spitzenleistungen, mit denen China sich Weltgeltung verschaffen will, nur auf der Grundlage einer soliden breiten Volksbildung zu erreichen sind.

Zu den unmittelbaren Aufgaben zählte zunächst die Reprofessionalisierung des Schulwesens. Nicht nur wurde der Lehrerbildung große Aufmerksamkeit gewidmet, sondern es wurden im Laufe der Jahre alle nicht qualifizierten Lehrenden abgesetzt. Desgleichen wurden die nichtformalen Unterrichtsformen abgeschafft und das Schulwesen formalisiert. Damit zusammenhängend mußten in den achtziger Jahren der Wiederaufbau und Ausbau des Schulwesens betrieben werden. Dabei knüpfte man zunächst an die vorkulturrevolutionäre Entwicklung an. Angesichts der weitgehenden Zerstörung der schulischen Infrastruktur mag dies verständlich sein, aber auf diese Weise wurde die Modernisierung des Bildungswesens stark behindert, was sich teilweise bis heute auswirkt. Die bis in die Gegenwart mitgeschleppten Probleme, wie z.B. veraltete Lehr- und Lernmethoden, Prüfungsorientiertheit, Elitedenken und damit einhergehend Überlastung der Schüler usw., stehen der Förderung selbständigen, kreativen und innovativen Denkens und der Wertschätzung beruflicher Bildung sowie anderer für die Modernisierung nötiger Qualitäten im Wege. Ohne die Kulturrevolution hätte der Staat die längst fällige Modernisierung des Bildungswesens früher in Angriff nehmen können. So aber stützte er sich beim Wiederaufbau auf veraltete Strukturen, die die mit dem ZK-Beschluß über die Reform des Bildungssystems 1985 einsetzende Erneuerung erschwerten. Eine Folge des Rückgriffs auf die Zeit vor der Kulturrevolution ist auch darin zu sehen, daß in den achtziger Jahren der Reform der Mittel- und Hochschulen Vorrang vor der Elementarbildung eingeräumt wurde. Erst in den neunziger Jahren rückte diese in den Vordergrund der Bildungspolitik.

Als zweiter wichtiger Schritt zu einem der Modernisierung dienlichen Bildungswesen wurde ab Mitte der achtziger Jahre dessen Verrechtlichung vorgenommen. Der Anfang wurde 1986 mit dem Schulpflichtgesetz gemacht, mit dem zum erstenmal in der Geschichte Chinas eine allgemeine neunjährige Schulpflicht gesetzlich vorgeschrieben wurde. Die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Eliminierung des Analphabetentums wurden zu den zwei wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben erklärt. Weitere Gesetze folgten, so das Lehrergesetz von

1993, das Bildungsgesetz von 1995, das Berufsbildungsgesetz von 1996 und das Hochschulgesetz von 1998. Damit besitzt die VR China ein relativ vollständiges gesetzliches Instrumentarium zur Durchsetzung der Bildungsreform, insbesondere der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht.

Als drittes bildungspolitisches Ziel ist in den vergangenen Jahren die Modernisierung der Bildung selbst in Angriff genommen worden. Dies ist in erster Linie eine Frage der Qualität. Folgerichtig hat sich in den neunziger Jahren der Schwerpunkt der Bildungspolitik vom quantitativen Ausbau des Schulwesens, der mittlerweile nur noch in den unterentwickelten Gebieten nötig ist, auf Qualitätsbildung verlagert. Diese beinhaltet die Aufstellung von Qualitätsstandards für alle Schultypen, die Ausarbeitung von Qualifikationsstandards für alle Berufe, die Anpassung der Lehrinhalte und Fächerstrukturen an die Bedürfnisse einer modernen Gesellschaft, die Anwendung neuer didaktischer Methoden usw. Die Wirkung dieser Politik läßt sich u.a. an den in den neunziger Jahren rückläufigen Schulzahlen ablesen (vgl. Tab.1); Schulen von mangelhafter Qualität werden vielfach geschlossen. (Die Schließungen sind allerdings nur zum Teil auf mangelnde Qualität zurückzuführen; andere Faktoren, die eine Rolle spielen, sind geburtenschwächere Jahrgänge und fehlende Finanzierung.) Das letztliche Ziel der Qualitätsbildung ist die Standardisierung des Schulsystems, d.h. die Angleichung der großen Niveauunterschiede, die sowohl innerhalb der Städte zwischen den Eliteschulen (den sog. Schwerpunktschulen und zunehmend auch Privatschulen) und den übrigen Schulen als auch zwischen den städtischen und ländlichen Schulen bestehen. Erst wenn diese Unterschiede überwunden sind, kann man darangehen, die angestrebte Abschaffung der Aufnahmeprüfungen zu den weiterführenden Schulen, die teilweise schon jetzt erprobt wird, weiter voranzutreiben. Und erst dann wird man von einem modernen, einheitlichen Schulsystem sprechen können.

Bis dahin ist allerdings noch ein langer Weg zurückzulegen. Die praktische Umsetzung der Bildungsreformen stößt immer wieder an Grenzen. Die beiden wichtigsten Bildungsziele, die Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums unter den Altersgruppen der 15- bis 45jährigen, können nicht, wie geplant, bis zum Jahr 2000 erreicht werden. Das erste Ziel war Ende 1998 erst in Gebieten verwirklicht, in denen 73% der Bevölkerung leben.<sup>7</sup> Auch die Zahl der Analphabeten ist mit 135 Millionen, davon 30 Millionen jüngeren Menschen, immer noch zu hoch.<sup>8</sup> Die jährliche Alphabetisierungsrate ist neuerdings sogar rückläufig (laut Plan sollen in diesem Jahr nur 3 Mio. jüngere Menschen alphabetisiert werden, während es in den Jahren zuvor immer 4-5 Mio. waren). Für diese Defizite sind vor allem zwei Gründe verantwortlich zu machen: erstens das mangelnde Verständnis für die Bedeutung einer soliden Bildung als Grundlage für wirtschaftlichen Fortschritt und zweitens, dadurch bedingt, die vielfach immer noch mangelnde Bereitschaft, ins Bildungswesen zu investieren. Diese Probleme sind auf den örtlichen Ebenen besonders akut. Zwar ist gesetzlich vorgeschrieben, daß die öffent-

<sup>7</sup>Vgl. C.a., 1999/5, Ü 10.

<sup>8</sup>Offizielle Angabe des stellv. Bildungsministers Lü Fuyuan auf dem 3. Asiatischen Regionalforum über Analphabetentum, XNA, 19.10.99.

lichen Einnahmen unterhalb der Kreisebene zur Hauptsache für das Schulwesen verwendet werden müssen, auch ist gesetzlich festgelegt, daß die Bildungshaushalte der Regierungen aller Ebenen stärker wachsen sollen als die Einnahmen, aber nur die wenigsten Lokalregierungen halten sich an diese Vorschriften.<sup>9</sup> Die örtlichen Kader investieren eher in Prestigeprojekte und Projekte, die schnellen wirtschaftlichen Gewinn erbringen, als ins Schulwesen. Allerdings sind viele örtliche Verwaltungen, namentlich in den Armutsgebieten, allein nicht in der Lage, ihr Schulwesen auszubauen. Hier hat die Zentralregierung in den vergangenen Jahren durch spezielle Förderprogramme geholfen.

Doch die Unterfinanzierung des Bildungssektors betrifft nicht nur die Lokalregierungen, sondern auch die Zentralregierung muß sich den Vorwurf unzureichender Investitionen gefallen lassen. Zwar sind die Bildungsausgaben im Staatshaushalt über die Jahre stetig angestiegen, aber nur in absoluten Zahlen, während der Anteil der Bildungsausgaben an den staatlichen Gesamtausgaben in den letzten Jahren tendenziell gesunken ist. Davon, daß die Bildungsausgaben stärker wachsen als die öffentlichen Einnahmen, kann keine Rede sein. So hatten die Bildungshaushalte der Zentrale und der Provinzen 1997 gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von nur 12,03% zu verzeichnen, während die öffentlichen Einnahmen auf Zentralstaat- und Provinzebene um 16,7% zunahm.<sup>10</sup> Ähnlich sieht es bei den meisten Provinzen aus. Im Jahre 1995 hielten sich 16 Provinzen, 1996 sogar 21 Provinzen nicht an die Vorschrift, den Bildungsetat stärker zu erhöhen als die öffentlichen Einnahmen steigen, und 1997 verfehlten immer noch 18 Provinzen das Ziel.<sup>11</sup> Abhilfe kann nur durch verschärfte Kontrolle seitens der Regierung geschaffen werden. Zum einen muß stärker auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften geachtet werden, zum anderen müssen die Bildungshaushalte aller Regierungsebenen wirksam kontrolliert werden, um die verbreitete Zweckentfremdung der Bildungsmittel zu verhindern und die Zuwächse in den Bildungsetats zu gewährleisten.

Obwohl die seit den achtziger Jahren geltende Bildungsstrategie für die Realisierung der Modernisierungsziele angemessen ist und obwohl an der Ernsthaftigkeit, mit der der Staat die beiden vorrangigen Ziele der Einführung der neunjährigen Schulpflicht und der Beseitigung des Analphabetentums unter den jüngeren Erwachsenen verfolgt, nicht zu zweifeln ist, gibt es doch, wie angedeutet, Probleme bei der Umsetzung gerade der beiden vorrangigen Bildungsziele. Während die Propagierung der Bedeutung des Bildungswesens für den gesamten Modernisierungsprozeß seitens des Staates in den letzten Jahren ein Niveau erreicht hat, das durchaus als zieladäquat bezeichnet werden muß, sind Defizite hauptsächlich in bezug auf die Kontrolle der Regierung hinsichtlich Einhaltung der einschlägigen Gesetze und Bestimmungen, Mittelverwendung und Aufstockung der Bildungshaushalte festzustellen. Hier muß das Schwergewicht der künftigen Bildungsarbeit des Staates liegen.

## Zusammenfassung

Eine Bewertung der drei verschiedenen Bildungsstrategien kann nur unter Berücksichtigung des jeweiligen Zeit- hintergrunds erfolgen. Die Strategie, sich beim Aufbau des Bildungssystems in den fünfziger Jahren auf die Guomindang-Zeit und auf die Sowjetunion zu stützen, scheint im Zeichen eines schnellen Wiederaufbaus und der Notwendigkeit der Ausbildung einer großen Zahl von Fachleuten für einen kurzen Zeitraum angemessen gewesen zu sein. Allerdings wurden durch diese Strategie alte Strukturen übernommen und verfestigt, die beim Rückgriff auf das Bildungssystem der fünfziger Jahre in nachmaoistischer Zeit die erforderliche Modernisierung erschwerten.

Die maoistische Bildungsstrategie mit ihrer Betonung der Massenbildung, eines an sich guten Vorsatzes, scheiterte an ihrem Primat ideologischer Bildung und der Vernachlässigung formaler und qualitätvoller Bildung. Mit ihrer Hilfe wurde den ungebildeten Massen zwar die Chance geboten, ein Minimum an Bildung zu erlangen, aber diese war nicht konsolidiert und aufgrund der ideologischen Ausrichtung für die Bewältigung der Modernisierungsaufgaben ungeeignet. Vielmehr hat das Experiment durch seine immensen Kosten an Humankapital der Entwicklung Chinas auf allen Gebieten geschadet, weil in der Folgezeit praktisch eine ganze Generation von Fachleuten fehlte.

**Tabelle 3: Bildungsjahre pro Kopf der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 im Vergleich 1950-1992**

Land	1950	1973	1992
China	1,60	4,09	8,50
Indien	1,35	2,60	5,55
Japan	9,11	12,09	14,86

Quelle: Angus Maddison, *Chinese Economic Performance in the Long Run*, Paris: OECD, 1998, S.63.

Erst die auf die Modernisierung gerichtete Bildungsstrategie der nachmaoistischen Zeit verspricht, das Ziel der Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus der Bevölkerung auf ein Minimum von neun Schuljahren mittelfristig erreichen zu können. Sie hat den Vorteil, daß sie den chinesischen Bedürfnissen angepaßt ist, indem sie einerseits die Elementarbildung, andererseits leistungsorientierte fachliche und akademische Bildung fördert. Die in den vergangenen zwanzig Jahren erzielten Fortschritte sind beachtlich, wie u.a. die insgesamt stetige Zunahme bei den Neuzugängen zu den Schulen aller Stufen (vgl. Tab. 2), aber auch die Steigerung der durchschnittlich pro Kopf der erwachsenen Bevölkerung absolvierten Bildungsjahre (vgl. Tab 3) zeigt. In bezug auf die letztgenannte Kennziffer steht China deutlich besser da als beispielsweise Indien. Unter der Voraussetzung, daß die gegenwärtige Bildungspolitik weiterhin mit allem Nachdruck verfolgt wird, könnte China in etwa einem Jahrzehnt die neunjährige Schulpflicht im ganzen Land eingeführt und das Analphabetentum unter jüngeren Erwachsenen abgeschafft haben. In einem weiteren Jahrzehnt könnte das Schulwesen weitgehend standardisiert sein. Erst dann wären verhältnismäßig gleiche Bildungschancen für alle geschaffen.

<sup>9</sup>Vgl. C.a., 1998/6, Ü 15.

<sup>10</sup>Vgl. C.a., 1998/10, Ü 10.

<sup>11</sup>Vgl. C.a., 1998/6, Ü 15.